

**ANTWORTEN DER CDU BERLIN
AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE
DES DBFK NORDOST**

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021

Strukturen

Frage 1: Welche Pläne haben Sie hinsichtlich der Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes?

Antwort:

Wir werden die Gesundheitsämter zügig digitalisieren und personell gut ausstatten. Die Corona-Pandemie hat erhebliche Defizite in diesem Bereich offengelegt. Die personelle Ausstattung werden wir so ausreichend sicherstellen, dass auch im Pandemiefall oder bei Großschadenereignissen die Regelaufgaben des Gesundheitsamtes sichergestellt werden können. Dazu wollen wir das Mustergesundheitsamt weiterentwickeln. Die bezirklichen Gesundheitsämter sollen einen "Fachbereich Prävention" erhalten, der die kommunale Gesundheitskommunikation stärkt und die sozialkompensatorische Arbeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes in die Fläche trägt. Prävention ist dann keine Frage des Geldbeutels oder des sozialen Status mehr, sondern immer nur einen Kinderwagenradius entfernt. Wir werden die bezirklichen Gesundheitsämter auch personell so ausstatten, dass sie im Krisen- und Katastrophenfall schnell und effektiv einsatzbereit sind und außerhalb dieser Ausnahmesituationen ihren Auftrag wirksam erfüllen können. Unser Ziel lautet gesundheitliche Chancengleichheit.

Frage 2: Wie stellen Sie sich die Versorgung einer alternden Stadtgesellschaft vor? Stichworte: Diversität, Gesundheitskompetenz, Quartierpflege

Antwort:

Für die CDU Berlin ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie für Pflegekräfte ein wichtiges politisches Ziel. Dafür müssen wir ihre Anliegen und Sorgen stärker in den Mittelpunkt der politischen und gesellschaftlichen Debatte stellen. Eine demokratische und soziale Gesellschaft muss sich ihrer Schwächsten in besonderem Maße annehmen. Dazu gehört für uns auch die Betreuung und Pflege von queeren Menschen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter durch entsprechend qualifiziertes Pflegepersonal sicherzustellen.

Unsere Stadt wächst nicht nur und wird bunter, sie wird auch älter. Die demografische Entwicklung führt dazu, dass der Bedarf an ambulanten pflegeunterstützenden Wohnformen und neuen stationären, wohnortnahen Pflegeeinrichtungen auch in Zukunft immer weiter steigen wird. Die Zahl der Pflegeplätze in unserer Stadt gilt es daher kontinuierlich auszubauen und dabei auch dafür Sorge zu tragen, dass eine gleichmäßige Verteilung auf alle Berliner Bezirke sichergestellt ist. Hier ist der Fokus verstärkt auf die Stadtteile jenseits des S-Bahn-Rings zu legen, in denen besonders viele ältere Bürgerinnen und

Bürger leben. Den Betroffenen fällt es häufig leichter, innerhalb des angestammten Kiezes in ein Pflegeheim zu ziehen, anstatt "ans andere Ende der Stadt". Zudem kann so gewährleistet werden, dass die Pflegebedürftigen aufgrund kürzerer Wege den Kontakt zu ihren Angehörigen nicht verlieren. Daher müssen entsprechende Anreize für die Ansiedlung von Pflegeheimen sowie die erforderliche Infrastruktur in Form von Pflegestationen auch in den Außenbezirken vorhanden sein.

Wir unterstützen den „Berliner Pakt für die Pflege“. Außerdem wollen wir eine Landespflegebeauftragte bzw. einen Landespflegebeauftragten in Berlin als Sprachrohr und Kontrollinstanz der Berliner Pflegepolitik schaffen. Er/Sie soll als zentrale/r Ansprechpartner/in in einem fortwährenden Dialog mit den pflegebedürftigen Menschen, den pflegenden Angehörigen und den Pflegekräften im Land Berlin für die Belange rund um das Thema der Pflege zur Verfügung stehen und so als überwachendes und kontrollierendes Organ für eine Weiterentwicklung und Optimierung der Pflege im Land Berlin zuständig sein. Darüber hinaus wollen wir eine jährliche Konferenz mit allen Berliner Pflegestützpunkten, dem Pflegerat, den Heimbeiräten, Vereinigungen bzw. Trägern der ambulanten und stationären Pflege, Vertretern der Ausbildungseinrichtungen, sowie den Vertretern der Kranken- bzw. Pflegekassen, Kassenärztlichen Vereinigung Berlin, Berliner Ärztekammer und der Berliner Krankenhausgesellschaft initiieren.

Ziel der CDU Berlin ist es, älteren Menschen möglichst lange das selbstständige und selbstbestimmte Leben in der eigenen Wohnung und in ihrem Kiez zu ermöglichen. Deswegen wollen wir mehr altersgerechte und barrierefreie Wohnungen schaffen und den Umbau von Wohnungen finanziell fördern, um insbesondere zusätzliche Lasten für Mieterinnen und Mieter im Alter zu vermeiden. Außerdem werden wir ein Aufzugsförderprogramm für Wohnhäuser auflegen und damit in den nächsten fünf Jahren 1000 neue Aufzüge für Wohngebäude fördern. Wir werden uns zudem für den Neu- und Umbau von Wohnhäusern einsetzen, die vorzugsweise so konstruiert sind, dass sie den Ansprüchen von Single- und Zwei-Personen-Haushalten gerecht werden. Dies umfasst insbesondere Studentenwohnheime, aber auch altersgerechtes Wohnen. Auch neue Wohnformen, die das gemeinsame Wohnen von Jung und Alt ermöglichen, und betreute Wohngemeinschaften wollen wir fördern und haben dabei auch Wohnprojekte für queere Senioren im Blick.

Frage 3: Welche Maßnahmen bezüglich einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben Sie geplant? Wie wollen Sie dazu beitragen, die Gesundheit beruflich Pflegender zu erhalten? Stichworte: Lebensarbeitszeitkonto, altersgerechte Arbeitsplätze, Altersteilzeit, psychosoziale Angebote, Förderung von Best-Practice-Beispielen

Antwort:

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns besonders wichtig. Familien müssen selbst entscheiden können, wie sie ihren Alltag organisieren. Um Familien- und Berufsleben miteinander vereinbaren zu können, benötigen Eltern berlinweit ein gutes Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Deshalb werden wir mehr Betreuungsplätze für Kinder aller Altersstufen schaffen und flexiblere Angebote einschließlich 24-Stunden-Kitas bereitstellen. Gerade allein- und getrennt erziehende Mütter und Väter sind oft existentiell darauf angewiesen, ihre Kinder während der Arbeitszeiten in einer Kita gut betreut zu wissen. Außerdem unterstützen wir die Einführung von Familienarbeitszeiten und wollen mehr Flexibilität bei den vorhandenen Arbeitszeitmodellen schaffen und den beruflichen Wiedereinstieg nach familienbedingter Erwerbsunterbrechung erleichtern.

Allen Menschen, die in der Pflege tätig sind, gebührt unsere Wertschätzung, Anerkennung und Dank. Wichtig ist, dass diejenigen, die tagtäglich andere pflegen, selbst gesund bleiben. Wir brauchen den Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements gerade für die Pflege, denn die professionelle Pflege alter und kranker Menschen bedeutet eine starke körperliche Beanspruchung und psychische Belastung. Aus diesem Grund müssen die Arbeitsplätze in der Pflege entsprechend gestaltet und die Nutzung technischer Hilfsmittel zur Arbeitsentlastung ausgebaut werden.

Digitalisierung

Frage 4: Welche Maßnahmen planen Sie hinsichtlich einer Vereinheitlichung der digitalen Angebote in der Gesundheitsversorgung? Stichwort: ePA

Antwort:

Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um unser Gesundheitssystem fit für die Zukunft zu machen und dabei den gezielten Einsatz digitaler Lösungen in allen Einrichtungen des Gesundheitswesens unterstützen, wie zum Beispiel elektronische Rezepte („E-Rezepte“), digitale Gesundheitsanwendungen oder die elektronische Patientenakte.

Dokumentationsprozesse sind mit hoher Priorität dahingehend zu überprüfen, ob sie durch digitale Lösungen vereinfacht und verringert werden können. Digitale Möglichkeiten der Kommunikation und Kooperation zwischen Einrichtungen des Gesundheitswesens, Standorten und Abteilungen sollen durch eine Anschubfinanzierung unterstützt werden.

Den Einsatz digitaler Gesundheitslösungen und die Vernetzung der Berliner Gesundheitseinrichtungen werden wir stärker vorantreiben. Hierzu gehört auch der Aufbau und Betrieb einer gemeinsamen Gesundheitsdatenplattform mit klaren, sicheren und transparenten Zugangs- und Nutzungsregelungen.

Bildung

Frage 5: Haben Sie Maßnahmen zur Stärkung der primärqualifizierenden Pflegestudiengänge geplant? Wenn ja, welche? Stichworte: Finanzierung analog zum Hebammenstudium; Refinanzierung Praxisanleitung, bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen zur Errichtung eines tragfähigen Mittelbaus bzw. Skill Labs

Antwort:

Wir werden uns für eine kontinuierliche Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Gesundheitsfachkräfte einsetzen. Wir sind davon überzeugt, dass diese Aufgabe nicht durch kurzfristige Initiativen zu lösen ist, sondern setzen auf langfristige Lösungen. Deshalb unterstützen wir beispielsweise explizit die Maßnahmen im Rahmen der Konzentrierten Aktion Pflege der Bundesregierung.

Frage 6: Wie planen Sie, die Auszubildenden besser vor Überforderung und Ausnutzung zu schützen und damit entsprechend dem Pflegeberufegesetz für eine qualitativ hochwertige und sichere Ausbildung zu sorgen?

Antwort:

Wir wollen gemeinsam mit Arbeitgebern und Beschäftigten von Gesundheitseinrichtungen ein umfassendes Personal-Konzept entwickeln, das die Einrichtungen in die Lage versetzt, mit genügend und befähigtem Personal ihre wichtigen Aufgaben zu bewältigen. Dies soll auch dazu beitragen, Auszubildende besser vor Überforderung und Ausnutzung zu schützen.

Fachkräftemangel

Frage 7: Welche Maßnahmen planen Sie, um einen Aufwuchs an Pflegefachpersonal zu fördern? Stichworte: Einstiegsgrundgehalt von mindestens 4.000 Euro brutto für alle Pflegesettings – Gehaltssteigerungen bei steigender Qualifikation und Verantwortung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Karriereplanung unter Einbeziehung neuer Berufsfelder

Frage 8: Wie sieht Ihre Vorstellung von der Zukunft der Pflege aus? Stichworte: Vorbehaltsaufgaben, neue Berufsfelder für eigenständig handelnde Pflegefachpersonen wie z. B. Community Health Nurses

Antwort auf Frage 7 und Frage 8:

Eine gute und qualitativ hochwertige Pflege ist nur mit ausreichendem und motiviertem Personal zu erreichen. Angesichts der Herausforderungen, die auf unsere alternde Gesellschaft zukommen gilt es daher, für attraktivere Arbeitsbedingungen in der Pflege zu sorgen. Dazu gehört für uns unter anderem eine gute Personalausstattung. Wir wollen gemeinsam mit Arbeitgebern und Beschäftigten von Gesundheitseinrichtungen ein umfassendes Personal-Konzept entwickeln, das die Häuser in die Lage versetzt, mit genügend und befähigtem Personal ihre wichtigen Aufgaben zu bewältigen. Außerdem werden wir uns insbesondere für eine bessere Bezahlung des Personals in den Pflegeberufen einsetzen. Zudem sollten Entwicklungsperspektiven für qualifizierte Pflegekräfte – analog anderer Berufsgruppen - geschaffen werden, die mit einer der steigenden Verantwortung entsprechenden Vergütung einhergehen. Außerdem wollen wir die Situation der Pflegenden verbessern und uns dafür einsetzen, dass die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Pflegeberufen erleichtert werden – vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Krankenhäuser

Frage 9: Wie stellen Sie sich die klinische Versorgung der Zukunft vor?

Stichworte: Fall-pauschalen, pflegegeleitete Diagnostik

Frage 10: Welche strukturellen Umwandlungen halten Sie für nötig, um bedarfsgerechte Pflege zu ermöglichen? Stichworte: Wirtschaftlichkeit vs. menschenwürdige Pflege

Antwort auf Frage 9 und Frage 10:

Die Berliner Krankenhäuser leisten nicht nur Gesundheitsversorgung auf sehr hohem Niveau, sondern sind zugleich ein wichtiger Arbeitgeber für rund 53.000 Menschen. Investitionen in die Krankenhäuser sind die Basis für den Erhalt und für die notwendige Weiterentwicklung dieses Sektors mit seiner gesamtgesellschaftlich großen Bedeutung. Der bisherige Investitionsstau zwang die Krankenhausträger dazu, die unzureichende finanzielle Ausstattung teilweise mit eigenen Anstrengungen aufzufangen. Das wollen wir ändern! Wir werden die Investitionsfinanzierung der Berliner Krankenhäuser durch das Land Berlin reformieren und künftig bedarfsgerecht ausrichten. Darüber hinaus halten wir zusätzliche Förderprogramme auf Bundesebene für sinnvoll.

Außerdem setzen wir uns für eine maximale Obergrenze für pflegerische Leiharbeit in Krankenhäusern und in Pflegeeinrichtungen in Höhe von 10 Prozent ein. Die Vergütung für Leiharbeit darf die tarifüblichen Personalkosten für Pflegekräfte nicht überschreiten und dürfen von den gesetzlichen Krankenkassen im Rahmen der jährlichen Budgetverhandlung nicht vergütet werden.

Selbstverwaltung/Kammer

Frage 11: Wie stehen Sie zur Kammerbewegung? Welche Schritte werden Sie unternehmen, um den Pflegenden die Selbstverwaltung zu ermöglichen?

Antwort:

Wir setzen uns bereits seit vielen Jahren dafür ein, in Berlin eine Landespflegekammer einzurichten. Als Sprachrohr der Pflegekräfte soll eine Pflegekammer ihnen die aktive Beteiligung an allen Fragen der beruflichen Pflege ermöglichen und den Schutz vor Pflegemissbrauch verbessern. In einem großen Teil der europäischen Staaten gehören Pflegekammern zum bewährten Standard.